

PM 0712-1

FORSA – Umfrage zum Schulsystem

Keine Überraschung für erfahrene Elternvertreter

Bad Harzburg, 03.12.07

Nachdem seit Veröffentlichung der ersten PISA-Ergebnisse die Schulstrukturdebatte in Deutschland insbesondere von SPD, Grünen und der GEW mit Unterstützung der OECD wiederbelebt worden war, gaben der deutsche Philologenverband (DPhV) und der deutsche Lehrerverband (DL) auch auf Anregung des Elternforums Bildung eine Umfrage in Auftrag, mit der festgestellt werden sollte, welche bildungspolitischen Vorstellungen tatsächlich auch von der Bevölkerung mehrheitlich geteilt werden. Das Ergebnis ist eindeutig.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland will mit überzeugenden 60% keine Einheitsschule! Insgesamt sehen sogar nur 29% in der Einführung einer Einheitsschule eine sinnvolle Maßnahme zur Behebung der im Bildungsbereich deutlich gewordenen Probleme. Eine Abschaffung des Gymnasiums würden sogar nur 7% befürworten. Auch die oft diffamierte Hauptschule wird von 68% als erhaltungswürdig betrachtet.

Damit ist widerlegt, was Bildungsideologen die deutsche Öffentlichkeit glauben machen wollen: Deutschland wolle eine Schule für alle. - Deutschland will vielmehr sein begabungsgerecht differenzierendes Schulsystem erhalten, weil es optimale individuelle Möglichkeiten bietet. Allerdings sieht die deutsche Öffentlichkeit Verbesserungsbedarf bei Lehrermangel (85%), Unterrichtsqualität (82%), Klassengrößen (82%), Bildungsausgaben (73%) und in der Lehrerausbildung (60%), dessen Behebung sie aber nicht von einer Reform des Schulsystems erwartet.

„Das Ergebnis hat uns bestätigt und nur in seiner Eindeutigkeit überrascht!“ so der Sprecher des Elternforums Bildung, Wolfgang Kuert. „Das Schulwahlverhalten der Eltern hat schon lange, vor allem in Bundesländern mit Gesamtschulangebot, gezeigt, dass Eltern das gegliederte Schulsystem bevorzugen. 82 % wählen alljährlich Schulformen des gegliederten Schulwesens für ihre Kinder!“ (s. Tabelle im Anhang)

Bestrebungen, nach denen politische Entscheidungen über den Elternwillen zu stellen seien, lehnt das Elternforum Bildung strikt ab! Das Grundgesetz (Art. 6) garantiert den Eltern die erste Entscheidung über die Erziehung ihrer Kinder. Dazu gehört auch die durchaus erziehungsrelevante Wahl der Bildung, die in einigen Landesverfassungen sogar verankert ist. Eltern mittels einer Reduzierung des Schulformangebotes in ihrer Entscheidung einzuschränken, stellt nach Ansicht des Elternforums eine undemokratische, ideologisch gesteuerte Bevormundung dar. Das diesbezügliche Votum der Bevölkerung wertet der Sprecher des Elternforums als Bestätigung der von seiner Organisation vertretenen Positionen.

Sprecher: Wolfgang Kuert, Geschwister-Scholl-Ring 2, 38667 Bad Harzburg

Tel: 05322 86363 - E-Mail: kuert@t-online.de

Auch eine Zusammenlegung, wie die von Realschulen und Hauptschulen, zu neuen Schulformen unter verschiedensten Namen, die faktisch immer die Abschaffung der einzelnen Schulformen zur Folge haben, werden mehrheitlich (mind. 68%) abgelehnt.

Allen, die meinen, durch breit angelegte Kampagnen, Eltern ihren politischen Willen aufzwingen zu können, sei angekündigt, dass sie mit großem Widerstand zu rechnen haben. Die Eltern werden in allen Bundesländern ihre Entscheidungsfreiheit zu verteidigen wissen und sich gegen Bevormundungsversuche wehren.

Gegen solche Ambitionen setzt sich die Öffentlichkeit zur Wehr. Das musste die SPD im Jahr 2003 in NRW erfahren, als sie auf Grund heftigsten Widerstandes vor allem der Realschullehrern ihre Pläne für ein 2-Säulensystem zurücknahm. Nicht zuletzt hat sie später mit ihren schulpolitischen Vorstellungen die Landtagswahl im Jahr 2005 verloren.

Das Elternforum Bildung versichert, dass es sich für die Durchsetzung des Mehrheitswillen stark macht, der da lautet:

Gegliedertes Schulwesen: ja! / Einheitsschule: nein!

cj

Anlage:

Schulwahlverhalten (Quelle: Bundesamt für Statistik)

Insgesamt	4.838.410	=	100,0 %
Hauptschulen	953.401	=	19,7 %
Schulen mit mehreren Bildungsgängen	311.987	=	6,4 %
Realschulen	1.300.537	=	26,9 %
Gymnasien	1.691.274	=	35,0 %
Integrierte Gesamtschulen	420.601	=	8,7 %

Damit haben sich bundesweit ca. 82% (nahezu 8 Mio. Elternteile von 3.945.212 Schüler/innen) für das dreigliedrige Schulsystem entschieden.